

Marcus Böick  
Constantin Goschler  
Ralph Jessen (Hg.)

# **Jahrbuch Deutsche Einheit 2023**

**Ch.Links** VERLAG

Das Jahrbuch Deutsche Einheit entsteht in Kooperation mit  
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



Editorische Vorbemerkung:

Die Anmerkungen finden sich jeweils am Ende der Beiträge.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über  
[www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2023

[www.aufbau-verlage.de/ch-links-verlag](http://www.aufbau-verlage.de/ch-links-verlag)

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor,  
was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Lektorat: Dr. Daniel Bussenius, Berlin

Satz: Marina Siegemund, Berlin

Umschlaggestaltung: Nadja Caspar, Ch. Links Verlag

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG,

Gutenbergstr. 8, 93051 Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-96289-200-5

# Inhalt

<i>Marcus Böick · Constantin Goschler · Ralph Jessen</i> <b>Zugehörigkeiten in Deutschland nach 1989</b> Editorial	9
<i>Maren Möhring</i> <b>Umkämpfte Zugehörigkeiten</b> Migrations- und Identitätspolitik in der Vereinigungsgesellschaft	21
<i>Naika Foroutan · Mara Simon · Sabrina Zajak</i> <b>Wer ist hier ostdeutsch, und wenn ja wie viele?</b> Zur Konstruktion, Wirkungsmacht und Implikation von Ost-Identitäten	39
<i>Julian Heide · Thomas Lux · Steffen Mau</i> <b>Ost-West-Unterschiede in den Köpfen</b> Alterität, Konflikt, Anerkennung und Förderung	67
<i>Claudia Kemper · Christoph Lorke</i> <b>Ungleichheiten ohne Region</b> Beobachtungen zum Wandel der Debatte über gleichwertige Lebensverhältnisse seit 1990	85
<i>Alexander Leistner · Alexander Mennicke</i> <b>»Ost-, Ost-, Ostdeutschland!«</b> Die (andere) Wiedervereinigung der Fußballfanszenen und die Wurzeln exzeptionalistischer Identifikationsangebote	115

*Jessica Lindner-Elsner*

**Das Ende der betriebszentrierten Arbeitsgesellschaft**

Sozialpolitik, Geschlechterbeziehungen und Zugehörigkeiten  
in der ostdeutschen Automobilindustrie

137

*Henrike Naumann · Clemens Villinger*

**Dein Deutsches Reich**

Eine Bildstrecke

155

*Kathrin Klausmeier*

**»Hitler oder Honecker – mir doch egal«?**

Mediale Debatten um das Wissen Jugendlicher über die DDR  
und Perspektiven einer zeitgemäßen Geschichtsdidaktik

169

*Lea Frese-Renner*

**»Ich bin: Ossi«**

Zu Ost-West-Debatten im frühen World Wide Web

185

*Anna Lux*

**Das Fundament sind Geschichten**

Aktuelle Perspektiven auf die Deutungen des Umbruchs  
nach 1989

207

*Christiane Kuller · Patrice G. Poutrus · Alexander Walther ·  
Max Zarnojanczyk*

**»Also wenn man es jetzt mal resümieren wollte ...«**

Lebenserinnerungen an die DDR, den politischen Umbruch  
von 1989/90 und die Transformation der ostdeutschen Arbeitswelt.  
Ein Werkstattbericht

225

*Daniel Kubiak*

**Postmigrantische Gesellschaften im urbanen Ostdeutschland**

Perspektiven der Integrations- und Migrationsforschung

251

*Carsta Langner*

**»Keine Einbürgerung zum Nulltarif«**

Über politische Zugehörigkeit und Teilhabe  
im vereinigten Deutschland

267

*Claudia Pawlowitsch · Nick Wetschel*

**Fehlende Nachweise der Integration?**

Zugehörigkeit und Migration nach der deutschen Vereinigung

285

*Lutz Fiedler · Miriam Rürup*

**Die Rückkehr der Herkunft**

Transformationserfahrungen ostdeutscher Jüdinnen und Juden

301

**Autorinnen und Autoren**

323

## Zugehörigkeiten in Deutschland nach 1989

### Editorial

*Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?* Mit diesem Titel stürmte Richard David Precht 2008 die *Spiegel*-Bestsellerliste. Im Februar 2023 folgte ihm Dirk Oschmann nach: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* lautete sein Kassenschlager. Kurz darauf erregte die britisch-(ost-)deutsche Historikerin Katja Hoyer mit ihrer Geschichte der DDR *Beyond the Wall* zunächst in Großbritannien, wenige Wochen später auch in Deutschland erhebliche Aufmerksamkeit. Erneut stellt sich die Frage: Wer sind wir – und wenn ja, wie viele? Ostdeutsche, Westdeutsche oder Deutsche? Thüringer, Saarländer oder Berliner? Europäer? Und was ist mit jenen, denen der technische Jargon der Bevölkerungsstatistik einen »Migrationshintergrund« bescheinigt? Mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung findet sich unter diesem Etikett wieder – je zur Hälfte Deutsche und Ausländer.<sup>1</sup> Wer gehört somit nach welchen Kriterien zu welchem »Wir«, und welche Konsequenzen haben die unterschiedlichen Versuche, ein solches »Wir« zu bestimmen?

Die Wissenschaft ist dabei selbst ein Teil solcher gesellschaftlicher Suchbewegungen: Nach 1990 brach zunächst die Stunde der »Identität« an, was mit der wieder erstarkenden Rolle des scheinbar schon im Postnationalen verschwundenen Nationalstaats zu tun hatte. Seither wurde das Konzept der Identität allerdings oft kritisiert, vor allem, da es dazu neigt, bestimmte Gruppen fest mit spezifischen Eigenschaften zu verbinden und dabei oftmals binär zu operieren.<sup>2</sup> Dies hat dazu geführt, dass Geschichts- und Sozialwissenschaft vermehrt mit Wir-Kategorien arbeiten, welche die Veränderbarkeit, das Herstellen, das sich Selbst-Zuordnen wie auch das Zugeordnet-Werden besser erfassen können. Dazu gehört insbesondere der Begriff der »Zugehörigkeit«, der besonders geeignet scheint, die mit der eingangs beschriebenen Debattenlandschaft aufscheinenden Probleme zu thematisieren und kritisch zu reflektieren. Damit wird das Konzept des *Belonging* aus der angelsächsischen Forschungsdiskussion adaptiert, welche das Prozessuale von Kategorien des »Wir« in den

Mittelpunkt rückt – wozu auch umgekehrte Prozesse der Ausgrenzung, des *Unbelonging* gehören.<sup>3</sup> Dies ist nicht zuletzt deshalb relevant, weil nicht alle Teile der deutschen Gesellschaft auch deutsche Staatsbürger sind – lebensweltliche Zugehörigkeit, rechtliche Mitgliedschaft und politische Teilhabe stehen in der Bundesrepublik wie in allen modernen Nationalstaaten in einem spannungsvollen Verhältnis.<sup>4</sup>

Dieser Band des Jahrbuchs beschäftigt sich mit der Spannung zwischen dem großen »Wir« der Bundesrepublik nach der deutschen Einigung und den vielen »Wirs«, welche diese ausmachen und sich in mannigfaltigen Zugehörigkeiten und unterschiedlichen Teilhaberechten manifestieren. Handelt es sich allein um zugeschriebene, gewissermaßen äußere Merkmale, oder knüpfen sich hieran subjektiv empfundene »Identitäten«? Welche Erwartungen, Stereotype und Vorurteile sind mit diesen Zugehörigkeiten verbunden? Wieweit sortieren sich Rechte, Machtressourcen, Prestige und Lebenschancen entlang ihrer Grenzen? Funktioniert die *imagined community* der Nation überhaupt noch als integrierende Klammer, welche die unterschiedlichen partikularen Zugehörigkeiten zusammenhält? Oder wirken die Erwartungen, die an die nationale »Gemeinschaft« gestellt werden, eher konflikttreibend, wenn sie enttäuscht werden?

Mehr als 30 Jahre nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit sind diese Fragen aktueller denn je; jedenfalls bewegen sie die öffentliche Debatte und die Politik. Dass in den kommenden Jahren in Halle (Saale) für über 200 Millionen Euro Baukosten sowie jährliche Kosten von 40 Millionen Euro ein »Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation« entstehen soll, das »die Lebensleistung der Ostdeutschen würdigt und den Transformationsprozess in Europa mitprägt«,<sup>5</sup> ist wohl auch Ausdruck der erst mit Abstand wachsenden Erkenntnis, dass sich diese und andere Fragen nach Zugehörigkeiten, Identitäten und ihren Folgen leichter stellen als beantworten lassen. Auch die Beiträge des vorliegenden *Jahrbuchs Deutsche Einheit* liefern keine abschließenden Antworten. Eher handelt es sich um Sondierungen, ausgewählte Einzelbefunde und Thesen zu Fragen, die sich auf die multiplen Zugehörigkeiten im vereinten Deutschland beziehen. Die anhaltend komplizierten Beziehungsverhältnisse zwischen Ost und West stehen im Zentrum, aber das Interesse des Bandes geht darüber hinaus: Insbesondere soll die bei der Diskussion der deutsch-deutschen Querelen oft ausgeblendete Tatsache angemessen gewürdigt werden, dass die Vereinigungsgesellschaft auch eine Einwanderungsgesellschaft war und ist. Was folgt eigentlich daraus, dass die »Ostdeutschen« je nach Definition zwischen 17 und 26 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, Personen mit »Migrationshintergrund« aber rund

28 Prozent, von denen wiederum nicht wenige als deutsche Staatsangehörige zugleich »Ostdeutsche« sind?<sup>6</sup>

Das Beispiel zeigt bereits die Komplexität und Uneindeutigkeit von Zugehörigkeiten. Noch komplizierter wird es, wenn man sich vor Augen führt, dass die Grundkonstellationen kollektiver Zugehörigkeit in modernen Gesellschaften seit Längerem in Bewegung sind. Auf der einen Seite verflüssigen sich tradierte Muster: Die objektive Geltung und subjektive Orientierungskraft überlieferter Container zur Unterscheidung großer Kollektive haben sich in rezenten europäischen Gesellschaften geändert, wie sich schon unschwer an der anhaltenden Popularität der Vorsilbe »post« seit Mitte des 20. Jahrhunderts erkennen lässt: In »postindustriellen«, »postmodernen«, »postreligiösen« und »postmigrantischen« Gesellschaften ist die kollektive Geltung von Klassenlage und Betriebszugehörigkeit, Kirchenmitgliedschaft und Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Parteien und Vereinen, regionaler Herkunft, Nationalität und Staatsangehörigkeit zwar nicht aufgehoben, hat sich aber deutlich relativiert. Auch die mit großen Prozessbegriffen beschriebenen Dynamiken von Individualisierung, Pluralisierung, Europäisierung, Globalisierung oder Digitalisierung spielen in diese komplexe Gemengelage hinein. Auf der anderen Seite haben individualistische Zugehörigkeitskonzepte stark an Bedeutung gewonnen, die sich auf zugeschriebene und/oder subjektiv angeeignete »Identitäten« stützen – Stichworte *gender* und *race*. Man kann zudem fragen, wie weit voluntaristische Zugehörigkeitsvorstellungen, die mittlerweile auch in den Echokammern des Internets gedeihen – von den selbst ernannten »Reichsbürgern« bis zur bunten Welt popkultureller Szenen und neoreligiöser Kulte –, in den betreffenden Milieus die subjektiv empfundene Relevanz tradierter Zugehörigkeiten überspielen. Andererseits haben – trotz aller Fluidität der Grenzbeziehungen und trotz der unübersichtlichen Rekonfigurierung der »Identitäten« – grundlegende rechtliche, soziale und kulturelle Differenzierungsachsen ein Gutteil ihrer faktischen Geltungskraft behalten: Staatsangehörigkeit, verfestigte soziale Ungleichheit, Generationalität und – in Zeiten von Satellitenfernsehen, Internet und *DeepL* vielleicht sogar mit zunehmendem Gewicht – Bindung an eine »Muttersprache«.

Und mitten in dieses ohnehin unübersichtliche Gewirr aus kollektiven, gruppenbezogenen oder individuellen Zugehörigkeiten und fluiden Identitäten ist auch der jüngst erneut aufbrechende Streit um Existenz, Formatierung und Perspektive einer ostdeutschen Identität eingebettet. Doch auch der jüngste Streit um Dirk Oschmanns Buch, den der *SZ*-Journalist Cornelius Pollmer sarkastisch unter das Label »Los Wochos in Lostdeutschland« einsortierte,<sup>7</sup> wirkt



einigermaßen hölzern, erbittert und selbst fast wie das zunehmend verkrustete Ritual eines enervierten Aneinander-Abarbeitens, das kaum neue Argumente oder Perspektiven zulässt. Aufs Neue offenbart sich hier die eigentümliche Dynamik innerdeutscher Selbst- und Fremdthematisierungen auf einer oft sehr simplen Ost-West-Achse, die spezifischen konjunkturellen Mustern, politischen Zyklen und medialen Logiken folgt. Dass die in den frühen 1990er-Jahren überraschend im konflikt- wie spannungsreichen »Prozess« der »Inneren Einheit« erst in ihrer vollen Ausprägung entdeckte Differenz zwischen Ost und West immer wieder und oftmals auch weitgehend folgenlos auf die allgemeine Agenda rückt – dies dürfte die dauerhafte Folge eines grundsätzlichen Paradoxes von 1989/90 sein: nämlich des unvorbereiteten Versuchs eines weitgehend unerwarteten *nation building* in zunehmend postnationalen Kontexten. Dass aber genau diese permanenten innerdeutschen Selbstbeschäftigungen, das Sich-Abarbeiten an einer nicht mehr allein oder gar exklusiv tragfähigen nationalen Identität oft sehr ambivalente Folgen für verschiedene Teile der »Vereinigungsgesellschaft« hatte, steht im Mittelpunkt dieses Jahrbuchs.

Die Beiträge des Jahrbuchs adressieren in unterschiedlichen Perspektiven die gegenwärtigen Deutungskämpfe, die sich als Auseinandersetzung um die Frage verstehen lassen, was für ein Land das vereinigte Deutschland eigentlich sein soll – und wer zu diesem Land gehört. Dies ist eine gleichermaßen emotionale wie praktische Frage, denn sie umfasst die ganze Spannweite zwischen Heimatgefühlen und sozialen und politischen Teilhaberechten. Auffällig ist, dass hier zwei gegensätzliche Opferdiskurse aufeinandertreffen, in denen es vor allem darum geht, wer denn eigentlich die Verlierer der deutschen Einheit gewesen seien: die Ostdeutschen oder die Migrant:innen. Als Schlüsselwörter der einen Debatte dienen hauptsächlich vielfältige tatsächliche oder wahrgenommene Benachteiligungen, die sich aus der aus der deutschen Staatsbürgerschaft abgeleiteten Erwartung auf gleiche Lebenschancen nach der deutschen Einigung ergeben. Als Schlüsselwörter der anderen Debatte fungieren dagegen vor allem Rassismus und Ausschluss von staatsbürgerlichen Rechten. Gelegentlich entfaltet sich dabei eine veritable Opferkonkurrenz zwischen Ostdeutschen und Migrant:innen. Werden damit aber vielleicht zwei Gruppen im Circus Maximus des öffentlichen Diskurses aufeinander losgelassen, während die Westdeutschen auf den Rängen ihre Operngläser auspacken? Ebendies zu verhindern und solche immer wieder auftretenden Deutungsstrategien zu durchbrechen, ist das Ziel der Beiträge dieses Jahrbuchs.

In ihrem eröffnenden Beitrag arbeitet *Maren Möhring* heraus, wie ambiva-

lent und konflikthaft verschiedene Identitäts- und Zugehörigkeitsmuster in den 1990er-Jahren aufeinanderprallten, und betont dabei, dass die gegenwärtigen, oft auf Ost-West-Dichotomien reduzierten Debatten über die deutsch-deutsche »Umbruchsgesellschaft« sich viel stärker für migrationshistorische und marginalisierte Perspektiven öffnen müssten. Die von Möhring nachgezeichnete Debatte über »prekäre Zugehörigkeiten« tobte in den 1990er-Jahren nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern erfasste – gerade im Kontext rechtsextremer, rassistischer Gewalt – insbesondere auch migrantische Gruppen. Im Kontext der erhitzten Asyldebatte waren es diese sehr vielfältigen Communities, die sich mit Blick auf politische Diskurse wie rechte Gewalt nach 1990 nicht mehr sicher fühlten. Historiografische Brücken zwischen »Vereinigungsgesellschaft« und »Migrationsgesellschaft« zu schlagen, dürfte sich für die historische Transformationsforschung als eine zentrale Herausforderung erweisen. Nur auf diese Weise, so Möhrings eindringliches Plädoyer, könnten gegenwärtige mit großer Emotionalität geführte Debatten über langfristig marginalisierte Ostdeutsche beziehungsweise rassistisch motivierte Gewalt gegenüber Minderheiten auch historisch fundiert werden.

Wer »Norddeutschland« von »Süddeutschland« unterscheidet, redet von Geografie. Wer »Ostdeutschland« von »Westdeutschland« unterscheidet, redet von Geschichte, Politik und Kultur im »vereinten Deutschland«. »Ost« und »West« sind leere Signifikanten und dienen so im privaten wie öffentlichen Diskurs als semantische Container, die mit unterschiedlichen Vorstellungen von Zugehörigkeit aufgefüllt werden. Auf diese Weise rufen sie stereotype Vorstellungen des Anderen auf und implizieren Identifikationsangebote für das Eigene. Wer aber gehört eigentlich wozu? Was macht einen zum »Ostdeutschen«, was zum »Westdeutschen«? Der Wohnort, die Herkunft oder das eigene Zugehörigkeitsempfinden? Erstaunlich oft werden diese Fragen ignoriert, wenn in der Öffentlichkeit über »innere Einheit« oder deutsche Zwietracht gestritten wird. Der Beitrag von *Naika Foroutan*, *Mara Simon* und *Sabrina Zajak* zeigt nachdrücklich, dass die Antwort auf diese Fragen alles andere als trivial ist. Denn nicht nur die Anzahl der Ost- beziehungsweise Westdeutschen differiert je nach Zuordnungskriterium ganz erheblich, sondern auch die politischen Implikationen dieser Unterscheidung.

In Zugehörigkeiten verflechten sich in unterschiedlicher Gewichtung objektive Merkmale – wie etwa Wohnort, rechtlicher Status, ökonomische Lage, Organisationsmitgliedschaft etc. – mit subjektiver Selbstzuordnung und den Fremdzuschreibungen durch Dritte. Auch die Zugehörigkeiten der Ost- und Westdeutschen lassen sich entlang dieser Differenzierungsachsen analysieren.

Dabei müssen objektiv beschreibbare Merkmale, Selbstbild und Fremdzuschreibung durchaus nicht deckungsgleich sein. *Julian Heide*, *Thomas Lux* und *Steffen Mau* stellen in ihrem Aufsatz aktuelle Erhebungsdaten zur subjektiven Dimension der Zugehörigkeit, zu den »Ost-West-Unterschieden in den Köpfen« vor. Einerseits geht es um die Wahrnehmung von Differenz und Konflikt: Wieweit erleben sich Ost- und Westdeutsche als unterschiedlich und wieweit wird das Verhältnis zwischen beiden Seiten als konflikthaft perzipiert? Andererseits interessieren sich die Autoren dafür, welche Erwartungen aufgrund dieser Differenzwahrnehmung auf symbolischer und materieller Ebene geltend gemacht werden: Dazu überprüfen sie die Popularität von Forderungen nach einer Anerkennung der »Lebensleistung der Ostdeutschen« beziehungsweise nach politischen Maßnahmen zur Förderung ihrer Gleichstellung.

Angesichts der aufgeregten und politisch-moralisch aufgeladenen Diskussionen über angebliche oder tatsächliche Benachteiligungen der Bundesländer östlich der Elbe gerät leicht aus dem Blick, dass gravierende Unterschiede zwischen den Regionen Deutschlands in ökonomischer, infrastruktureller, sozialer oder kultureller Hinsicht lange Zeit der historische Normalfall waren. Das Gefälle zwischen prosperierenden Handelsstädten, boomenden Industrieregionen und rasch wachsenden Metropolen auf der einen, ärmlichen Regionen an der Peripherie, niedergehenden Gewerbelandschaften und kaum entwickelten Abwanderungsgebieten auf der anderen Seite hat die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein geprägt. Erst die westdeutsche Staatsgründung von 1949 hat die Wiederherstellung föderaler Strukturen mit dem Anspruch und Auftrag zur »Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« verbunden. Der Beitrag von *Claudia Kemper* und *Christoph Lorke* erinnert an diesen Kontext und analysiert, wie sich die Erwartungen und Ansprüche an den Transformationsprozess nach 1990 mit den Angleichungspostulaten des Grundgesetzes und den altbundesrepublikanischen Praktiken des interföderalen Ausgleichs verschränkten.

Zwar erfolgte die Anpassung im Prozess der Einigung zumeist so, dass der Osten dem Vorbild des Westens folgte – aber die Frage nach Zugehörigkeit macht gelegentlich auch umgekehrte Prozesse sichtbar. Ein solches Beispiel bietet die »andere Wiedervereinigung« der Fußballfanszene, wo Zugehörigkeiten nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch im transnationalen Kontext verhandelt wurden, wie *Alexander Leistner* und *Alexander Mennicke* zeigen. Regionale, generationelle wie geschlechterspezifische Zugehörigkeiten waren dort mit gruppen- wie vereinsbezogenen Identifikationsangeboten eng verschränkt, wobei sich die verschiedenen Anhängerschaften intensiv beobach-

teten und kommentierten. Die Neuverhandlung oft prekärer Männlichkeiten im Fanmilieu deuten die Autoren als »subkulturellen Rangordnungskampf« zwischen verschiedenen Fußballszenen in Ost und West. In diesen Auseinandersetzungen inszenierte sich die Anhängerschaft sportlich stark gebeutelter Ostklubs oftmals erfolgreich als »härter« beziehungsweise »männlicher« als die westdeutschen Fanszenen. Im Laufe der 2000er-Jahre wandten die untersuchten ostdeutschen Gruppen ihren Blick schließlich vom vermeintlich verweichlichten Westen ab und stärker den gewaltzentrierten Ultra-Szenen in Ost- beziehungsweise Südosteuropa zu und wirkten damit schließlich auch für westdeutsche Fanszenen stilbildend.

Einer der analytischen Vorzüge der Kategorie »Zugehörigkeit« besteht somit darin, dass sie es auch ermöglicht, den Blick von hochaggregierten politischen Einheiten wie Ost- und Westdeutschland oder der Nation hin zu konkreten lebensweltlichen Einheiten zu lenken – das können neben Fußballfangemeinschaften insbesondere auch Betriebe sein, deren vergemeinschaftende Funktion sich jedoch im Prozess der Transformation dramatisch änderte. So war in der DDR der um zahlreiche außerökonomische Funktionen angereicherte »Betrieb« nicht nur Ort der Arbeit gewesen, sondern hatte im umfassenden Sinne soziale »Zugehörigkeit« gestiftet. Man hat den selbst ernannten »Arbeiterstaat« DDR oft als eine »Arbeitsgesellschaft« beschrieben. Damit war weniger die ideologische Glorifizierung der »Arbeiterklasse« und ihrer angeblichen historischen Mission gemeint als die sozialhistorisch evidente Tatsache, dass die Integration in Arbeitsprozesse entscheidende statusprägende Bedeutung besaß. Die Erwerbsbeteiligung lag deutlich höher als in der Bundesrepublik, vor allem Frauen gingen weit häufiger einer Erwerbsarbeit nach, Arbeitslosigkeit war unbekannt, und wer dem offiziellen Arbeitsregime auswich, zog sich schnell das Stigma der »Asozialität« zu. *Jessica Lindner-Elsner* sondiert in ihrer Fallstudie zum Eisenacher Automobilwerk, welche Erscheinungsformen Betriebszugehörigkeit vor 1990 besaß und welche Konsequenzen insbesondere für Frauen daraus erwachsen, dass der multifunktionale »sozialistische« Betrieb danach auf seine ökonomische Seite reduziert wurde und damit eine die bisherige Lebenswelt prägende Zugehörigkeitsdimension dramatisch an Bedeutung einbüßte.

Die Phase des politischen Umbruchs 1989/90 lässt sich somit zumindest in Ostdeutschland auch als eine Scharnierzeit im Hinblick auf Zugehörigkeiten verstehen: Bisherige Zugehörigkeitsvorstellungen wurden oftmals infrage gestellt und zerbrochen vielfach, an ihrer Stelle wurden neue gesucht. *Clemens Villinger* und *Henrike Naumann* gehen diesem Prozess in ihrem Beitrag nach,

indem sie sich mit dem visuellen Archiv des Transformationsprozesses auseinandersetzen. Ihre von einem kommentierenden Text begleitete Bildmontage spürt den Zugehörigkeits- und Identitätsvorstellungen nach, die seit dem Herbst 1989 fotografisch formuliert wurden. Dabei machen sie insbesondere den geschichtsrevisionistischen Impuls deutlich, der im öffentlichen wie im privaten Raum Ostdeutschlands bald eine wichtige Rolle zu spielen begann. »Dein Deutsches Reich«, so der Titel der kommentierten Bildstrecke, verweist auf den oftmals exklusiven Charakter solcher seit dem Herbst 1989 fotografisch konstruierter Zugehörigkeitsvorstellungen, der zugleich die Teilhabeansprüche anderer, vor allem migrantischer Gruppen offensiv zurückwies.

Das visuelle Archiv der Vereinigungszeit, in dem DDR-Nostalgie und Reichsfantasien sich gelegentlich zu rückwärtsgewandten Utopien verbinden, speiste zugleich auch politische Krisendiskurse, welche der liberalen Demokratie in Ostdeutschland ein Akzeptanzproblem attestierten. Dafür wurde vor allem ein verklärtes Bild der DDR verantwortlich gemacht. Der Beitrag von *Kathrin Klausmeier* fokussiert die seit den 2000er-Jahren immer wieder aufflammenden Diskussionen um den historischen »Wissensstand« deutscher Schüler:innen über die DDR, die sie als geschichtspolitische Auseinandersetzungen über generationelle Geschichtsaneignungen entschlüsseln kann. Hierbei arbeitet sie vor allem heraus, wie geschichtspolitisch motivierte Akteure durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit die Ergebnisse ihrer Studien in den 2010er-Jahren gezielt platzieren konnten – und damit auch den vermeintlich defizitären oder gar erodierenden Stand des »Wissens« unter Schüler:innen über die SED-Diktatur zu skandalisieren vermochten. Klausmeier ordnet die medialen »Wellen« der Berichterstattung ein und konfrontiert die in den Studien herausgestellten Befunde mit didaktischen Einwänden: Neben einer üblichen generationellen Grundspannung kritisiert sie die in den Auseinandersetzungen propagierte Zentralität von nationalgeschichtlichem Faktenwissen oder die dort oft geforderten Gedenkstättenbesuche als »Allheilmittel« gegen eine zu bekämpfende »DDR-Nostalgie«.

Die beiden folgenden Beiträge widmen sich dagegen eigensinnigen Aushandlungsprozessen von Zugehörigkeit »von unten«, die zugleich ein weit differenzierteres Bild entwerfen, als in öffentlichen Debatten oft verbreitet wird. Deutlich wird, dass die Unsicherheit der Transformationszeit nicht immer in kurzschlüssigen Zugehörigkeitskonstruktionen münden musste, sondern auch Formen des ironischen Spiels und der Reflexivität entwickeln konnte. So untersucht *Lea Frese-Renner* in ihrem Beitrag Ost-West-Debatten im frühen World Wide Web der 1990er-Jahre. Anhand der auf den Websites *Aktion Wiederauf-*

*bau Mauer* und *Zonentalk* geführten Ost-West-Debatten fragt sie zunächst, inwieweit sich dort das in dieser Zeit boomende poststrukturalistische Theorieangebot widerspiegelte. Obwohl postmoderne Cyberspace-Metaphern diese Debatten durchzogen, seien dort Ossi-, Wessi- und Wossi-Identitäten im Sinne authentischer Identitäten beschrieben worden. Anschließend wendet sie das postmoderne Theorieangebot selbst auf diese Debatten an. Das in der neuen digitalen Sphäre vielfach auftretende satirische Spiel mit Identitäten konnte sich, so Frese-Renner, nicht mehr an überkommenen Konventionen der karnevalistischen Grenzüberschreitung orientieren und habe daher eine Zone der postmodernen Verunsicherung eröffnet.

*Anna Lux* diskutiert dagegen die mit den Folgen des Umbruchs 1989 verbundenen konkurrierenden Deutungen und Erinnerungsformen. Die große Resonanz auf Dirk Oschmanns Streitschrift *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* interpretiert sie als Ausdruck tiefgreifender Differenzenerfahrungen ebenso wie der Karriere des Anschlussnarrativs in Ostdeutschland. Demgegenüber versucht sie den Erinnerungsdiskurs zu pluralisieren und entwirft dazu auf der Grundlage einer von Martin Sabrow vorgeschlagenen Gedächtnistypologie die Kategorie eines vielstimmigen »Umbruchsgedächtnisses«. Am Beispiel popkultureller Geschichtsrepräsentationen skizziert sie anschließend die Pluralität der Erinnerungslandschaft nach 1990. Gegenüber der drohenden Hegemonie einer Erinnerungsfigur, welche den »Anschluss« Ostdeutschlands ins Zentrum rückt und im Reden vom Ausschluss selbst zur Grundlage ostdeutscher Zugehörigkeitskonstruktionen wird, plädiert *Anna Lux* somit für größere Offenheit des Erinnerungsdiskurses.

Die anhaltenden medialen Debatten über ost-westliche Entfremdungserscheinungen, die mangelnde Anerkennung spezifisch ostdeutscher Erfahrungen sowie die angebliche Sinnstiftungshegemonie »des Westens« zeigen die Relevanz subjektiver Deutungen und gruppenspezifischer Erfahrungen bei der Konstruktion und Plausibilisierung kollektiver Zugehörigkeiten. Der Beitrag von *Christiane Kuller, Patrice G. Poutrus, Alexander Walther* und *Max Zarnojanczyk* konzentriert sich auf diese erfahrungsgeschichtliche Dimension des Themas und erschließt sie mit den methodischen Instrumentarien der Oral History. Die exemplarisch analysierten Erinnerungserzählungen lassen eine komplexe Überschichtung der Erfahrungshorizonte aus der späten DDR-Gesellschaft, den Umbrüchen von 1989/90 und den Transformationsjahren danach erkennen. Von besonderem Interesse ist dabei, inwieweit sich die Protagonisten an die ostdeutsche Arbeitswelt der 1980er-Jahre, an die Friedliche Revolution und an die rasanten Umbrüche der 1990er-Jahre als aktiv Gestal-

tende beziehungsweise als passiv Erduldende erinnern und welche Bedeutung dies für ihre generelle Situationsdeutung und ihr Selbstbild besitzt.

Mehrere Beiträge diskutieren anschließend die migrantische Perspektive auf das Problem der Zugehörigkeit. Grenzüberschreitende Migration hat die deutsche Geschichte im 20. und 21. Jahrhundert zutiefst geprägt und verändert, wenn auch in Ost und West auf sehr unterschiedliche Weise. Über die Konsequenzen dieser grundlegenden Tatsache ist schon in der alten Bundesrepublik heftig gestritten worden, aber erst seit der Jahrhundertwende hat sich bei den meisten politischen Akteuren die Einsicht durchgesetzt, dass Deutschland tatsächlich ein »Einwanderungsland« ist. Seit einiger Zeit wird in Teilen der sozial- und kulturwissenschaftlichen Debatte von einer »postmigrantischen« Konstellation gesprochen. *Daniel Kubiak* knüpft hier an und argumentiert in seinem Aufsatz, dass in dieser Hinsicht eine markante Ungleichzeitigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten sei, die allerdings durch die jüngste Entwicklung seit 2015 in Bewegung geraten sei. Dies eröffnet neue Perspektiven für die Integrations- und Migrationsforschung, die exemplarisch skizziert werden.

*Carsta Langner* thematisiert die Kluft zwischen lebensweltlicher Zugehörigkeit und politischer Teilhabe im vereinigten Deutschland. Dabei konzentriert sie sich besonders auf jene Migrant:innen, die vor 1989 in die DDR gekommen waren und sich anschließend in der vereinigten Bundesrepublik wiederfanden. Ausgehend vom Spannungsfeld von Staatsbürgerschaft und migrantischer Agency diskutiert sie zunächst die mit der Einbürgerungsprozedur verbundenen Ambivalenzen zwischen Willkommens- und Misstrauenskultur. Anschließend beschreibt sie, wie sich Migrant:innen in Ausländerbeiräten und Vereinen politisch organisierten beziehungsweise auch organisiert wurden, wobei dies zum Teil jenseits parlamentarischer Räume erfolgte. Dabei wurden oftmals an den Herkunftsländern orientierte nationale Zugehörigkeitsmuster reproduziert, was, so *Carsta Langner*, sowohl mit mitgebrachten politischen Organisations- und Solidaritätsstrukturen als zum Teil auch mit staatlichen Vorgaben zu tun hatte.

Auch *Claudia Pawlowitsch* und *Nick Wetschel* widmen sich in ihrem Beitrag dem Problemkreis migrantischer Zugehörigkeiten. Ausgehend von einem aktuellen Beispiel aus Sachsen, bei dem jüngst ein vor 1989/90 aus Vietnam in die DDR ausgereister Mann aufgrund bürokratischer Verwicklungen und gesundheitlicher Probleme von einer Abschiebung bedroht war, werden dezidiert kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die komplexen (post)migrantischen Konstellationen seit den 1990er-Jahren entwickelt. Das Autor:innengespann

hebt dabei vor allem auf die widersprüchliche Gleichzeitigkeit von alltäglich gelebten Zugehörigkeiten auf der einen sowie immer wieder aufbrechenden Infragestellungen dieses Alltags (etwa durch Behörden oder Populisten) auf der anderen Seite ab. Diese wechselhaften und kontroversen Diskursivierungen von Zugehörigkeiten – aufseiten von Kritikern wie durch Aktivistinnen – erscheinen als integraler Bestandteil einer sich selbst stets befragenden, tendenziell postnationalen Gesellschaft in Deutschland, in der die Wechselverhältnisse von Mehrheit und Minderheiten – und mit ihnen zugleich auch die verschiedenen Zugehörigkeitsangebote – in den letzten Jahren deutlich fluider geworden sind.

Der letzte Beitrag stellt schließlich die Trennung in Einheimische und Migranten grundsätzlich infrage, indem er eine Gruppe thematisiert, welche Zugehörigkeitsfragen immer wieder zugleich von innen wie von außen thematisierte: *Lutz Fiedler* und *Miriam Rürup* diskutieren in ihrem Beitrag die Transformationserfahrungen ostdeutscher Jüdinnen und Juden. Die Zeit des Umbruchs 1989/90 bildet für sie ein Scharnier, von dem aus sie erstens nach der damals einsetzenden Neubewertung jüdischen Lebens in der DDR fragen. Zweitens skizzieren sie die damaligen Versuche, die Bedeutung der vielfach mit historischen Ängsten besetzten Wiedervereinigung für Jüdinnen und Juden einzuordnen. Drittens erläutern sie schließlich die Rolle des Jüdischen Kulturvereins bei der Entscheidung zur Aufnahme von Jüdinnen und Juden aus der sich auflösenden Sowjetunion, die zu einem entscheidenden Faktor jüdischen Lebens im vereinigten Deutschland wurde. Damit verschränken sich in diesem Beitrag zwei unterschiedliche Dimensionen der Frage von Zugehörigkeit: einmal die Frage der Zugehörigkeit zu Deutschland, wobei die Frage im Mittelpunkt stand, um welches Deutschland es sich dabei handle. Und zum anderen die Frage der Zugehörigkeit zum Judentum, die bereits in der DDR bedeutsam geworden war und schließlich durch die postsowjetische Migration nochmals verstärkt aufgeworfen wurde, da hier jeweils unterschiedliche Zugehörigkeitskriterien im Raum standen. *Lutz Fiedler* und *Miriam Rürup* prognostizieren deshalb eine zunehmende Pluralisierung jüdischen Selbstverständnisses sowie jüdischer Zugehörigkeitsvorstellungen in Deutschland.



## Anmerkungen

- 1 Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022. Vgl. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Bundeszentrale für politische Bildung, 29.4.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/> (Zugriff am 26.4.2023).
- 2 Vgl. Philipp Ther, Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen. Zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der historischen Soziologie, in: *Geschichtstheorie am Werk*, 1.2.2022, <https://gtw.hypotheses.org/1959> (Zugriff am 8.5.2023).
- 3 Vgl. Levke Harders, Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse, in: *Geschichtstheorie am Werk*, 25.1.2022, <https://gtw.hypotheses.org/1942> (Zugriff am 8.5.2023).
- 4 Siehe dazu am Fall Kanadas Marcus Llanque, The Concept of Citizenship between Membership and Belonging, in: Katja Sarkowsky/Rainer-Olaf Schultze/Sabine Schwarze (Hg.), *Migration – Regionalization – Citizenship. Comparing Canada and Europe*, Wiesbaden 2015, S. 101–126.
- 5 Die Bundesregierung, Zukunftszentrum in Halle: Ein Ort für die deutsche und europäische Einheit, 1.3.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/zukunftszentrum-deutsche-einheit-2165268> (Zugriff am 26.4.2023).
- 6 Vgl. den Beitrag von Naika Foroutan, Mara Simon und Sabrina Zajak in diesem Jahrbuch.
- 7 <https://www.sueddeutsche.de/kultur/oschmann-ost-west-debatte-sachbuch-1.5759991?reduced=true> (Zugriff am 28.4.2023).